

Apothekenwirtschaftsbericht 2006: Branche schafft Tausende neue Stellen / Einkommen der Apotheken geht drastisch zurück / Erste Erfahrungen mit Gesundheitsreform: Rabattverträge starten holprig

Berlin (ABDA, 8. Mai 2007) Das vergangene Jahr war wirtschaftlich gesehen wenig erfreulich für die öffentlichen Apotheken in Deutschland. Der Vorsteuerertrag einer typischen Apotheke sank im Vergleich zum Jahr 2005 um durchschnittlich 6.000 Euro auf nunmehr 79.000 Euro. Der Einkommensrückgang hängt eng zusammen mit dem Spargesetz AVWG aus dem April 2006.

Trotzdem zeigte sich die Branche – im zweiten Jahr in Folge – als Jobmotor: 3.813 neue Arbeitsplätze kamen 2006 hinzu. Mittlerweile bieten Apotheken rund 144.000 Arbeitsplätze an, das sind mehr als in der Pharmazeutischen Industrie und dem Großhandel zusammen. Diese Zahlen legte die ABDA – Bundesvereinigung Deutscher Apothekerverbände heute in Berlin in ihrem Apothekenwirtschaftsbericht 2006 vor.

„Obwohl es uns finanziell schlechter geht, haben wir mit den neuen Arbeitsplätzen in die Beratung unserer Patienten investiert. Das ist auch eine Investition in unsere eigene Zukunft als unabhängige Pharmazeuten“, sagte ABDA-Präsident Heinz-Günter Wolf.

Erste Erfahrungen mit der Gesundheitsreform

Bei der Vorstellung des Apothekenwirtschaftsberichts zog Wolf auch eine Bilanz der ersten fünf Wochen mit der neuen Gesundheitsreform (GKV-WSG). Seit April können Pharmahersteller und Krankenkassen direkt über Preisnachlässe bei Generika verhandeln.

„Der Preiswettbewerb um das günstigste Arzneimittel findet jetzt da statt, wo er hingehört“, so Wolf. Mittlerweile haben 193 von 242 Krankenkassen Rabattverträge mit 41 von rund 60 Generikaherstellern geschlossen. Die Verträge umfassen insgesamt mehr als 12.000 Arzneimittel.

So erfreulich die hohe Teilnehmerquote ist, den Apotheken bereiten die Rabattverträge erheblichen Mehraufwand. Um zu wissen, welcher Hersteller mit welcher Krankenkasse zu welchen Arzneimitteln einen Rabattvertrag geschlossen hat, müssen Apotheker mehr als 1,3 Millionen neuer Datensätze in ihrer EDV verarbeiten. Als gravierend zeigen sich

auch die Lieferengpässe einiger Hersteller, die mit ihren Produktionskapazitäten der Nachfrage offenbar nicht gewachsen sind. Patienten fällt die Umstellung auf neue Medikamente oft sehr schwer. Häufig werden sie durch verändertes Packungsdesign, Form oder Farbe des Arzneimittels verunsichert. Hier leisten Apotheker in Beratungsgesprächen wichtige Hilfestellung, damit die Therapietreue und damit auch die Behandlungserfolge gesichert bleiben.

„Auch wenn die Rabattverträge mit Anlaufschwierigkeiten kämpfen, so sind sie doch im Prinzip der richtige Weg“, sagte Wolf. Der ABDA-Präsident ist überzeugt, dass die Rabattverträge ein wichtiges Instrument zur Kostendämpfung sein werden.

Arzneimittelausgaben im ersten Quartal 2007

Rabattverträge und andere Vorschriften des WSG greifen erst seit dem Inkrafttreten der Reform am 1. April 2007. In den Monaten davor sind die Ausgaben im Arzneimittelbereich leicht angestiegen. 6,1 Milliarden Euro haben die gesetzlichen Krankenkassen zwischen Januar und März 2007 ausgegeben – im Vorjahreszeitraum waren es 5,9 Milliarden Euro. Der Anstieg beträgt 4,1 Prozent und ist zum größten Teil der Mehrwertsteuer geschuldet. Ohne die Anhebung der Mehrwertsteuer betrüge der Zuwachs 1,5 Prozent.

Im März gaben die Krankenkassen 2,19 Milliarden Euro aus, im Vorjahresmonat waren es 2,13 Milliarden - dies entspricht einem Zuwachs von rund drei Prozent.

Die Apotheker selbst profitieren nicht von steigenden Arzneimittelausgaben. Sie erhalten pro verordneter Packung eine Vergütung von nunmehr nur noch 5,80 Euro. Vor der Reform waren es noch 6,10 Euro. Mittlerweile führen sie 2,30 Euro ihrer Gesamtvergütung (8,10 Euro pro Packung) an die Krankenkassen als Solidarabgabe ab.

Den Apothekenwirtschaftsbericht 2006 und weitere Informationen zu Rabattverträgen finden Sie unter www.abda.de.

Pressesprecherin: Annette Rogalla, Tel.: 030 40004-131,
pressestelle@abda.aponet.de